Es ist schon einige Monate her, als Rezo mit seinem Video „die Zerstörung der CDU“ für erheblichen Wirbel sorgte. Das Video hat mittlerweile mehr als 15,8 Mio. Aufrufe und hatte selbst das Ergebnis der Europawahl beeinflusst. Es hat offensichtlich einen Nerv getroffen und das Bauchgefühl einer ganzen Generation zum Ausdruck gebracht. Rezos Video behandelt viele Themen, hatte aber als Schwerpunkt das, was seit Monaten und auch in den Schulferien haufenweise junge Menschen auf die Straße getrieben hat: die Angst vor einer zerstörten Zukunft aufgrund der Folgen des Klimawandels und der Wut darüber, dass nur geredet, aber nicht gehandelt wird. Ohne die Fridays-for-future-Bewegung wäre das Rezo-Video niemals auf so viel Interesse gestoßen und wäre niemals so viral gegangen. Was werden die Folgen des Rezo-Videos sein? Von **Tina Ternus**.

Zum einen werden sich Lobbyagenturen in Zukunft verstärkt der YouTube-Szene widmen und ihre Einflussnahme, die ohnehin bereits im Internet zu beobachten ist, auch auf dieses Medium ausweiten. Zum Zweiten war abzusehen, dass deutsche Großkonzerne und deren Wirtschaftsverbände der Wucht der Fridays-for-future-Bewegung oder der erstaunlichen Verbreitung von Rezos Video nicht tatenlos zusehen. Seit Ende Juni hat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft eine neue Themenkampagne begonnen: „Klimaschutz“. Am 27.06.2019 verkündete sie auf ihrer Facebook-Seite:

> „Seit der Europawahl ist klar: Der Klimawandel ist in der Mitte der politischen Debatte angekommen. Aber zwischen Klimazielen und Emissionshandel befinden sich vielzählige weitere komplexe Themen. Wir wollen mit unserer Faktensammlung Klarheit schaffen.“

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** mit Sitz in Berlin ist eine Lobbyorganisation deutscher Großunternehmen, die sich den Anschein von Unabhängigkeit und Überparteilichkeit gibt. Alleingesellschafterin der INSM GmbH ist die IW Medien GmbH, die wiederum eine 100-prozentige Tochter des IW Köln ist. Das IW Köln (früher Deutsches Industrie Institut DI) hat bereits seit der Gründung im Jahr 1951 als Trägervereine die beiden Wirtschaftsverbände BDI und BDA. Man könnte auch sagen, dass die INSM so etwas wie die PR-Abteilung von BDI und BDA ist.

Die Gründung der INSM war zudem der Anlass zur Gründung der NachDenkSeiten. In der zugehörigen Kategorie „INSM“ finden Sie bei uns zahlreiche interessante

Texte über das Wirken der Lobbyorganisation.

Diese führte ab dem Jahr 2000, seit ihrer Gründung, einen regelrechten Feldzug gegen den Sozialstaat. Die Agenda 2010, die Einführung der privaten Altersvorsorge, die Zunahme an Mini-Jobs, Werkverträgen und vieles mehr sind Ergebnisse der direkten und indirekten INSM-Lobbyarbeit. Sie nennt sich Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, doch das „Neue“ lässt sich am besten übersetzen mit KEINE SOZIALE Marktwirtschaft. Seitdem 2012 Wolfgang Clement Kuratoriumsvorsitzender der INSM geworden ist, ist auch die Umwelt- und Energiepolitik dazugekommen.

2012 gab es den für diese Lobbyorganisation so typischen Etikettenschwindel in Form der INSM-Kampagne „EEG stoppen – Energiewende retten“. Nachdem Jahre zuvor, durch Einflussnahme vom BDI mittels der sehr stark gestiegenen Industrieausnahmen sowie Einflussnahme des BDEW mittels des 2009 geänderten Wälzungsmechanismus und Implementierung des EEG-Paradoxons durch Merit-Order und sinkende Börsenstrompreise, die EEG-Umlage künstlich aufgebläht wurde und unvergleichlich stärker anstieg, als sie allein durch die Förderkosten neuer EEG-Anlagen angestiegen wäre, wurde das EEG und die dadurch bis dahin erfolgte Energiewende in einer beispiellosen Hetzkampagne medial zum Abschuss freigegeben.

Das Ergebnis war ein kompletter Zusammenbruch des Photovoltaik-Zubaus mit 80.000 verlorenen Arbeitsplätzen vor allem im Handwerk und Handel sowie der seit 2018 erfolgte Zusammenbruch des Onshore-Wind-Zubaus, zusätzlich verstärkt durch Gegenbewegungen wie „Gegenwind“ oder „Vernunftkraft“. Der erwartete Arbeitsplatzverlust bei Wind-Onshore liegt bei derzeit 40.000. Die Arbeitsplatzargumentation (Braunkohle 20.851 + Steinkohle 8.400) des Wirtschaftsministers Altmaier gegen den von Fridays for future geforderten Kohleausstieg bis 2030 entlarvt sich in Anbetracht dessen als das, um was es wirklich geht: Schutz vor stranded Investments für diejenigen, die in fossile Energien investiert haben.

Mit der INSM-Themenkampagne von 2012 wurde nicht die Energiewende gerettet, sondern eher die großen Stromkonzerne vor der bis dahin erfolgten Bürgerenergiewende. Denn das von der INSM propagierte „Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien“, umgesetzt durch die EEG-Novelle 2014 und 2017, ist maßgeschneidert für die großen Energieunternehmen. Zum einen hat es lästige Konkurrenz aus dem Weg geräumt, den Prozess des Wandels gebremst und

zugleich den Weg dafür geebnet, selbst mehr Marktanteile bei erneuerbaren Energien zu gewinnen. Dieser Anteil war bislang verschwindend gering.

Das frühere EEG glich nämlich einem gewaltigen Umverteilungsprogramm. Die Einnahmen aus der Stromproduktion landeten nicht wie im fossil-atomaren System ausschließlich auf den Konten von börsennotierten Aktiengesellschaften, sondern kamen zu großen Teilen auch unzähligen Landwirten, Familien, Stadtwerken, Gemeinden, Energiegenossenschaften, Handwerksbetrieben und mittelständischen Produktionsbetrieben zugute.

Wer mit dem Zug von Nord nach Süd fährt, kann diesen Wandel deutlich sehen. Als die Zahl der Energiegenossenschaften rasant anstieg, diese mit innovativen PV-Mieterstrommodellen den Bevölkerungskreis der Bürgerenergiewende erweitern konnten und endlich auch Mieter im sozialen Wohnungsbau vom EEG profitierten, wurde von der INSM und dem Ausführungsorgan Altmaier eilig die Notbremse gezogen. Mit Ausschreibungen, verpflichtender Direktvermarktung ab 100 Kilowatt und einer Eigenverbrauchsabgabe – für Direktlieferungen von Solarstrom muss EEG-Umlage in voller Höhe gezahlt werden – wurde gerade den Genossenschaften die wirtschaftliche Grundlage für ihre Mieterstromprojekte entzogen.

Das überbordend bürokratische Mieterstromgesetz, das 2017 eingeführt wurde, war ebenfalls wieder Etikettenschwindel. In der Realität brachte es weitaus mehr Hemmnisse und Einschränkungen für Mieterstrommodelle als Chancen. Gerade einmal gut 1,5 Prozent des möglichen Förderrahmens von 1.000 Megawatt – konkret 15 Megawatt – sind nach knapp zwei Jahren ausgeschöpft worden.

Offshore-Wind wurde bei dem Kahlschlag gegen die erneuerbaren Energien übrigens ausgelassen und steht auch nicht medial unter Beschuss. Obwohl dieser Marktanteil seit 2013 regelrecht explodierte, mehrere Jahre die höchste Einspeisevergütung bekam und Preistreiber bei der EEG-Umlage wurde. Offshore-Wind wurde im Gegensatz zu den anderen Erneuerbare-Energie-Arten nicht zum größten Teil von Landwirten, Familien, Schulinitiativen, Energiegenossenschaften oder mittelständischen Betrieben errichtet. Offshore-Wind in Deutschland ist fest in der Hand großer Energiekonzerne, Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften weltweit. Hier gibt es keine Genossenschaften.

Einen guten Einblick in die Arbeitsweise der INSM erhält man über diese drei Videos von Politmagazinen aus dem Jahr 2005. Die Themen und Köpfe waren völlig andere als heute. Die Methoden sind aber identisch geblieben.

- Monitor
- plusminus
- ZAPP

INSM-Kampagnen werden umgesetzt, indem zunächst Begriffe der Gegenseite („sozial“, „Gerechtigkeit“, „Energiewende“) okkupiert werden und dafür gesorgt wird, eine neue Assoziation zu den Begriffen im ökonomischen Interesse von Wirtschaftsunternehmen und Vermögenden herbeizuführen. Der INSM-Content wird permanent über alle Kanäle geflutet, ohne dass der Absender sichtbar wird. Durch dauerhaftes, intransparentes, flächendeckendes Platzieren und Erzeugen von Schlagzeilen in Print, TV, Funk und Internet über einen langen Zeitraum werden die INSM-Botschaften in die Köpfe der Menschen gebracht. Ergänzt werden INSM-Themenkampagnen durch Anzeigen- und Plakatkampagnen.

Hinzu kommt Einflussnahme in Talkshows (von 6 Talkshowgästen sind z.B. 3-4 INSM-Botschafter oder „prominente Köpfe“ der jeweiligen Themenkampagne, ohne dass deren INSM-Zugehörigkeit kenntlich gemacht wird). Das Erstellen von einseitigen Unterrichtsmaterialien für Lehrer im Sinne der Interessen von Großunternehmen über das Lehrerportal Wirtschaft und Schule setzt der Meinungsbeeinflussung noch die Krone auf. Parallel findet durch betroffene Wirtschaftsverbände direkte Einflussnahme auf Politiker und beim Erstellen von Texten für Gesetzesvorschläge statt.

Die Interessensorganisation der großen deutschen Wirtschaftsunternehmen stellt sich nach außen als „Anwalt des kleinen Mannes“ dar, die soziale Marktwirtschaft, Gerechtigkeit, Energiewende oder Klimaschutz will. Sie bewirkt mit ihren Vorschlägen und den daraus generierten Gesetzesvorlagen aber immer genau das Gegenteil dessen, was sie vorgibt, erreichen zu wollen.

Die aktuelle INSM-Themenkampagne lautet also „Klimaschutz“. Konkret heißt das: 2-Grad-Ziel statt 1,5-Grad-Ziel, Emissionshandel statt schnellem Kohleausstieg, Ausbremsen schneller, massiver Klimaschutzmaßnahmen für die Industrie, Verhindern von Energiewende und Verkehrswende, Verhindern einer CO2-Steuer, Erdgas-Offensive, Beenden EEG.

Noch vor einem Jahr gab es laut den der SZ vorliegenden internen Unterlagen

Lobbystrategieempfehlungen vom europäischen Industrieverband BusinessEurope, wie zukünftig mögliche schärfere Vorgaben der EU-Kommission für Klimaschutz (auf 45 Prozent weniger Treibhausgase bis 2030, verglichen mit 1990) von seinen Mitgliedern (in Deutschland BDI und BDA) ausgebremst oder verhindert werden können.

- Option 1: „Umarmen“, d.h. sich dem positiv gegenüber verhalten, solange es ein rein politisches Papier bleibt und keine Auswirkungen auf die Industrie hat.
- Option 2: „Verweis auf globales Spielfeld“ Die Industrie Europas könne nicht alleine vorneweg gehen, denn dies bedrohe die Wettbewerbsfähigkeit.
- Option 3: „challenge the process“: Bei dieser Lobbystrategie stellt die Industrie den gesamten Prozess infrage, zweifelt an, ob die Klimaziele fair und transparent berechnet wurden, die ökonomischen Folgen ausreichend abgeschätzt wurden oder neue Risiken drohen.
- Option 4: „Minimieren“. Diese Lobbystrategie ist die perfideste. Bei dieser Lobbystrategie setzt man darauf, andere große Volkswirtschaften davon zu überzeugen, zur EU aufzuschließen und den Umbau in Europa zum Erfolg zu machen. **Die Industrie würde sich damit scheinbar an die Spitze der Klimaschützer setzen – und von dort aus die schärferen Vorgaben minimieren.**

Wie wahrscheinlich ist es, dass Wirtschaftsverbände und Unternehmen, die sich noch vor einem Jahr Strategien ausdachten bzw. von Lobbyagenturen ausarbeiten ließen, wie man strengere Klimaschutzziele ausbremsen und verzögern kann, es heute ernst meinen mit ihren Bekenntnissen zum Klimaschutz? Zumal sich zufälligerweise jede der vier empfohlenen Lobbystrategien in den derzeit zu hörenden Argumentationen als auch auf der INSM-Website finden lässt.

Das Ziel von Wirtschaftsverbänden und der INSM als ausschließliches Instrument für Klimaschutz ist der Emissionszertifikatehandel ETS bzw. CO2-Deckel, wie es von den Kreativköpfen der zuarbeitenden Kommunikationsagentur betitelt wurde. Emissionshandel gibt es seit 2005 in Europa, somit seit bereits 14 Jahren. Er ist ziemlich wirkungslos geblieben. Durch Lobbyeinfluss der CO2-erzeugenden Konzerne wurde dafür gesorgt, dass ein riesiger Überschuss an Zertifikaten auf den Markt kam, diese zu Beginn auch noch verschenkt wurden und den CO2

erzeugenden Stromkonzernen ein Zusatzgewinn von ca. 30 Mrd. Euro verschafft wurde, indem diese die betitelten CO2-Preise der in Wirklichkeit geschenkten Zertifikate auf die Stromkunden umlegten.

Der Emissionshandel setzt rein auf die Kräfte des Marktes und überlässt den Klimaschutz ausschließlich den Akteuren, die das Problem verursacht haben: den größten Treibhausgas-Emittenten zusammen mit Finanzakteuren. Die Vergangenheit bewies zudem, dass das System maximal anfällig für Geschäftemacherei und Betrug ist.

Investitionen löst der ETS immer nur dann aus, wenn die Vermeidungskosten durch das Abschalten von Anlagen oder einer Investition zur Emissionsminderung geringer sind als das jeweils aktuelle oder für die Zukunft erwartete Preisniveau der Zertifikate. Die betroffenen Unternehmen kauften in der Realität jedoch bereits in der Vergangenheit eher günstige Emissionsrechte (vor allem aus Osteuropa), als in die Reduktion von Treibhausgasen zu investieren, und sichern zukünftig möglicherweise steigende Zertifikatspreise durch Sicherungsgeschäfte, das sogenannte „Hedging“, ab. Schneller und effektiver Klimaschutz sieht anders aus.

Die genauen Zahlen und Grenzen des CO2-Deckels werden von der INSM nicht benannt. Diese werden sicherlich derzeit wie bei vorherigen Energie- und Umweltthemen auch von den in Berlin aktiven Lobbyisten der betroffenen Unternehmen und Wirtschaftsverbände direkt mit dem Wirtschaftsministerium und Kanzleramt ausgehandelt. Zusammen mit Ausnahmeregelungen, Begünstigungen u.a. Möglichst schmerzfrei für große CO2-Emittenten und somit unwirksam.

Wie entscheidend diese Grenzen und Rahmenbedingungen sind, zeigte sich bereits 2004. Der damalige Bundeswirtschaftsminister und heutige INSM-Kuratoriumsvorsitzender Wolfgang Clement, der sich bereits als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen für die Fortsetzung der Steinkohlesubventionen und der Förderung großindustrieller Braunkohle-Projekte wie Garzweiler II einsetzte, handelte im Sinne von RWE (von 2006-2012 war Clement Aufsichtsratsmitglied von RWE Power AG) bessere Emissionshandelskonditionen beim Nationalen Allokationsplan (NAP) für Energiekonzerne und Industrie aus. Im NAP wurde festgelegt, wie viel CO2 die Industrie insgesamt künftig ausstoßen darf und wie diese Menge über Emissionszertifikate auf die einzelnen Kraftwerke und Fabriken verteilt wird. Greenpeace reagierte mit einer Aktion und projizierte einen Totenkopf in die Abgaswolke des RWE-Kraftwerks und an einen Kühlturm mit dem Spruch „Kohle-Clement zerstört unser Klima„. Das war 2004 …. wir haben heute 2019!

Hermann Scheer formulierte in seinem Buch „der energ**ethische** Imperativ“ zum Emissionszertifikatehandel bereits 2010:

> „Der Handel mit den Zertifikaten oder deren Verrechnung findet innerhalb des Systems der fossilen Energieversorgung statt, konserviert damit deren Strukturen, wirkt innovationshemmend für Erneuerbare Energien und bremst auch dadurch den Energiewechsel. Die Rolle der konventionellen Energiekonzerne und deren Einfluss auf das Regierungshandeln bleiben weitgehend unangetastet. Aus Instrumenten des Klimaschutzes werden Vehikel für die Bestandssicherung der fossilen Energiewirtschaft.“

Die Fridays-for-future-Jugend hatte im Rahmen ihrer Freitagsaktionen am 16. August Demonstrationen vor den Gebäuden von INSM und IW in Berlin und Köln mit dem Slogan „INSM bedroht Paris. Profit oder Zukunft?“. Die hektisch anmutende Reaktion der INSM war daraufhin, dauerhaft zu beteuern, dass sie ganz klar für die Ziele von Paris sei, auf das internationale Emissionshandelssystem zu drängen.

In Anbetracht von über 6.000 Lobbyisten in Berlin (bei 709 MdB) und ca. 30.000 Lobbyisten in Brüssel ist der Emissionszertifikatehandel jedoch der leichteste Weg, durch direkten Zugriff auf die Ausgestaltung von Gesetzen, eine – nur in der lobby- und betrugsfreien Theoriewelt der Ökonomen existierende mögliche Klimawirksamkeit – wegzulobbyieren und konkrete ökonomische Folgen für fossile Konzerne zu verhindern. Außerdem wird das Tempo einer Energiewende oder Verkehrswende von den größten CO2-Emittenten und Finanzakteuren bestimmt. Eine Beschleunigung des Tempos durch die Bürger wie bei der Mitmach-Energiewende durch das EEG ist nicht möglich.

Fossile Konzerne können sich somit verhalten wie bisher bzw. wie seit 1988, als Wissenschaftler bereits erstmals vor dem Klimawandel und dessen Folgen warnten und zum Umsteuern aufforderten.

Klimaschutz verzögern, verzögern und noch einmal verzögern.

Wird die INSM-Themenkampagne „Klimaschutz“ so ablaufen wie vorherige Themenkampagnen und in einer Kopie der INSM-Vorschläge als Gesetzesvorlage für die Bundestagsabgeordneten enden? Nachfolgend sind die typischen Phasen von

INSM-Themenkampagnen aufgezeigt:

PHASE 1: Klimaschutz zum Thema machen (agenda setting). Betonen des gewünschten Dialogs mit Fridays for future, Inhalte der Gegenseite werden noch weitgehend neutral wiedergegeben, ausgesuchte Personen (z.B. Luisa Neubauer) zunächst noch mit eingebunden, gleichzeitiges Säen erster Zweifel, am Rande Diskreditieren ausgesuchter Akteure (Rezo und YouTuber), Ängste schüren beim kleinen Mann über explodierende Preise mit gleichzeitiger Abstimmungsmöglichkeit in der BILD.

PHASE 2: Langsam die öffentliche Meinung in Salamitaktik scheibchenweise in die eigene Richtung drehen. Zweifel an der Klimadebatte verstärken über „prominente Köpfe“ der INSM und Wirtschaftsrat der CDU. Dafür sorgen, dass die Ursprungsforderungen von Fridays for future (Kohleausstieg bis 2030, Streichen fossiler Subventionen, Umstieg zu 100% Erneuerbare Energien, Abschalten von 25% der Kohlekraftwerke) aus der Debatte gedrängt werden. Vorstellen der INSM-Agenda (Emissionshandel, bzw. „CO2-Deckel“) für Klimaschutz durch wirtschaftsnahe Professoren. Verkürzen der Diskussion auf zwei Antipoden: „CO2-Steuer oder Emissionshandel“. Dafür sorgen, dass mehr und mehr nur noch Argumente und Vorschläge der INSM medial aufgegriffen werden. Emissionshandel („CO2-Deckel“) statt Energiewende und Verkehrswende. Ggf. kommt auch wieder Atomenergie ins Spiel, Hans-Werner Sinn als „prominenter Kopf“ der INSM u.a. argumentieren bereits in diese Richtung.

PHASE 3: Tagungen und Veranstaltungen der INSM. Gemeinsame Veranstaltungen mit der WELT. Über einen Zeitraum von 1-2 Wochen zeitlich versetzt geschaltete INSM-Anzeigenmotive mit griffigen Slogans und bunten Bildchen in FAZ, WELT, Handelsblatt, WiWo, aber auch Süddeutsche, begleitet von Artikeln in den jeweiligen Printmedien, die die Inhalte der Anzeigenmotive wiedergeben. Evtl. Plakataktion an Bahnhöfen und Bushaltestellen. In kurzen Zeitabständen werden laufend neue Studien und Meinungsumfragen veröffentlicht. Mehrmals wöchentlich melden sich Experten von wirtschaftsfinanzierten Instituten, die als ausschließliches Klima-Instrument den Emissionshandel fordern. Bashing gegen Befürworter von EEG, Mitmach-Energiewende, Verkehrswende, CO2-Steuer. Gleichzeitig intensive Bemühungen der INSM, den ausgesuchten Politikern von CDU, SPD, FDP, (evtl. auch ausgesuchte GRÜNE?) den INSM-Lösungsvorschlag als Gesetzesvorlage schmackhaft zu machen. Die von der INSM eingebundenen Politiker von CDU, SPD, FDP (ggf. auch vereinzelte Grüne?) überzeugen weitere Parteikollegen. Parallel direkte Einflussnahme von Unternehmen (z.B. RWE, e.on, Vattenfall, Daimler, VW,

Lufthansa u.a.) und Wirtschaftsverbänden (BDEW, BDI, VDA, BDL u.a.) auf Wirtschaftsministerium und Kanzleramt.

PHASE 4: Altmaier bzw. Kabinett formuliert Gesetz NUR zu Emissionshandel sowie Beenden des EEG, das zu über 90% den INSM-Forderungen bzw. denen der von Klimaschutz besonders betroffenen Industrien entspricht. Keine Forderung der FFF-Bewegung wurde umgesetzt. Kein Kohleausstieg bis 2030, kein Umstieg auf 100% erneuerbare Energien bis 2035, keine CO2-Steuer, keine Verkehrswende.

PHASE 5: Trotz Protesten in der Bevölkerung, Debatten im Bundestag und Bundesrat wird der Kabinettsvorschlag mit nur leichten Veränderungen von der GroKo abgenickt.

Sollte es mal wieder so enden, wird die Fridays-for-future-Bewegung nachhaltig geprägt und politisch sozialisiert werden. So, wie es schon Generationen vor ihr wurden durch ihre Erfahrungen mit Brokdorf, Friedensbewegung, Startbahn, Wackersdorf, Agenda 2010, Occupy-Bewegung, Freihandelsabkommen, Bürgerenergie, Artikel 13 oder vielem mehr.

Und dann wird es ein paar Jahre später, wenn festgestellt wurde, dass die Treibhausgasemissionen trotz des vermeintlichen Wundermittels Emissionshandel weiterhin stark angestiegen sind, vielleicht eine Bewegung geben, die an den eigentlichen Kern des Problems unserer Demokratie herangeht. Das Rezo in seinem Video übersehen hat und Ursache sämtlicher Themenbereiche ist, die er angerissen hat. Das eklatante Machtungleichgewicht zwischen Zivilgesellschaft und Konzern-Lobbyismus. Dass aus unserer Demokratie eine Lobbykratie geworden ist, in der es nahezu ausgeschlossen ist, Mehrheitsinteressen und Bedürfnisse einer überwältigenden Mehrheit gegen die Kapitalinteressen einer sehr vermögenden Minderheit durchzusetzen.

Vielleicht wird es wieder Pappschilder vieler junger Menschen geben. Mit drastischen, wilden Worten, wie es eben für Jugendliche typisch ist:

Demokratie statt Lobbykratie!
Machtungleichgewicht beenden!
Transparenz statt Meinungsmache!
Stoppt die Meinungsmanipulation durch die INSM!
Stoppt die Demokratiegefährdung durch Konzern-Lobbyismus!

Dazu, lieber Rezo, darfst du auch gerne wieder ein Video erstellen. Und ich ende mit Rezos Worten ab min 54:01 in leicht geänderter Form:

> „Wir haben alle Kinder und Enkelkinder, die wir über diese Hintergründe informieren können. Wir können sie bitten und anflehen, nicht auf diese Lobbymethoden hereinzufallen und sich über die Hintergründe zu informieren und sich dagegen aufzulehnen. Damit auch noch ihre Enkel und Urenkel in einer demokratischen, gerechten Welt leben können. Wir können unsere Kinder und Enkelkinder aufklären. Wenn sie diesen Text lesen, werden sie verstehen, woran es liegt, dass die letzten Jahrzehnte so wenig gehandelt wurde und stattdessen nur geredet. Sie können die Themen ihrer Bewegung ausweiten. Denn Eltern und Großeltern ist nichts im Herzen wichtiger als sicherzustellen, dass ihre Kinder und Enkel in einer demokratischen, gerechten, friedlichen Welt leben und kein beschissenes Leben haben.“

Titelbild: Sepp photography/shutterstock.com